

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf Lambsdorff, Christine Aschenberg-Dugnus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/21702 –**

Unterstützung in der Heuschreckenplage

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit Anfang 2019 bedrohen Heuschreckenschwärme in Ostafrika die Ernährungssicherheit von über 40 Millionen Menschen (<https://.zeit.de/2020/27/heuschreckenplage-ostafrika-nordafrika-landwirtschaft/seite-2>). Seit Februar 2020 leistet die Bundesregierung finanzielle Hilfe, nachdem die Ernährungs- und Landwirtschaftsbehörde der Vereinten Nationen (FAO) bereits im Juli 2019 einen General Appeal (<http://www.fao.org/news/story/en/item/1203003/icode/>) herausgab und um Unterstützung bat. Seither wurden zahlreiche weitere länder- und regionenspezifische Warnungen und Appeals veröffentlicht. Angesichts der von der FAO derzeit befürchteten Ausweitung der Heuschreckenplage über den Sahel bis nach Westafrika (<http://www.fao.org/ag/locusts/en/info/info/index.html>, Stand: 21. Juli 2020) sind aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller eine enge Überwachung der Situation sowie frühzeitiges Handeln zwingend notwendig. Ohne eine effektive Bekämpfung der Heuschreckenplage und eine Versorgung der betroffenen Menschen mit Nahrungsmitteln droht eine humanitäre Katastrophe, von der über 17 Millionen Menschen betroffen sein können (<http://www.fao.org/3/ca9234en/CA9234EN.pdf>).

Nach eigenem Bekunden verfolgt die Bundesregierung u. a. eine vorhersagenbasierte humanitäre Hilfe. Mit der Unterstützung des Forecast-based Financing der Rotkreuz- und Rothalbmond-Organisationen soll humanitäre Hilfe bereits vor Schadenseintritt geleistet werden können: „Antizipation statt Reaktion“ sei das Motto (<https://www.forecast-based-financing.org/de/ueber-fbf/>). Die Bundesregierung charakterisiert diesen Ansatz in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fragestellerinnen und Fragesteller als „innovatives Instrument“ (vgl. Vorbemerkung der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Deutschlands Engagement auf dem Gebiet der vorhersagebasierten humanitären Hilfe“ auf Bundestagsdrucksache 19/17391), das das Potenzial habe, „durch vorausschauendes Handeln drohende humanitäre Bedarfe gezielt zu reduzieren, mehr Menschenleben zu retten und unnötiges menschliches Leid zu vermeiden. Bei weltweit steigenden humanitären Bedarfen kann vorhersagebasierte humanitäre Hilfe darüber hinaus einen Beitrag zu effizienterem und effektiverem Einsatz begrenzter Mittel leisten“ (ebd., Antwort zu Frage 1).

Neben der Unterstützung multilateraler Projekte verfügt die Bundesregierung auch über eigene Anwendungen, mit denen humanitäre und soziale Krisen bis hin zu Konflikten frühzeitig erkannt werden sollen: Die Eskalationspotenzialanalyse des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das softwarebasierte Vorhaben IT-U KFE des Bundesministeriums der Verteidigung und PREVIEW im Auswärtigem Amt. Mit Letzterem steht dem Auswärtigen Amt seit 2018 ein datenbasiertes Monitoring-System zur Verfügung, das Daten und Informationen aus öffentlichen Quellen übersichtlich aufarbeiten und die Entscheidungsprozesse im Auswärtigen Amt handhabbarer machen soll, so die Vertreter des Auswärtigen Amtes am 20. März 2019 auf der parlamentarischen Präsentation des Programms. Ein dezidiertes Ziel sei, so das Auswärtige Amt in einer mündlichen Unterrichtung der Fragestellerinnen und Fragesteller im Juni 2019, die Ermittlung von Ereigniswahrscheinlichkeiten und das Länder-Medien-Monitoring aus der Zentrale des Auswärtigen Amtes sowie, nach Einführung, in den Auslandsvertretungen vor Ort.

Betrachtet man die aktuell in Ostafrika, Teilen des Nahen und Mittleren Osten sowie dem indisch-pakistanischen Grenzgebiet auftretende Heuschreckenplage, zeigen sich weitere Bereiche, in denen vorhersagebasierte Hilfs- bzw. Vorbeugemaßnahmen zielführend sein können. Aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller könnte dazu auf bestehende Werkzeuge zurückgegriffen und diese weiterentwickelt werden. Experten sind sich einig, dass die im Jahr 2019 auftretenden Wirbelstürme mitursächlich für die explosionsartige Verbreitung der Heuschrecken sind (<https://www.zeit.de/2020/27/heuschreckenplage-ostafrika-nordafrika-landwirtschaft>). Die FAO berichtet derzeit über die Präsenz erwachsener Heuschrecken in Südmauretanien (<http://www.fao.org/a/g/locusts/en/info/info/index.html>) und ruft zur finanziellen Unterstützung für die Überwachung und Verhinderung der Ausbreitung über Zentral- nach Westafrika auf. Auf die Schriftliche Frage 24 des Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann gab die Bundesregierung bekannt, auf den FAO-Hilfsaufruf in Höhe von 50 bis 75 Mio. US-Dollar aus Mai 2020 mit zusätzlichen Mitteln von 1 Mio. Euro für die Beobachtung und Bekämpfung von Heuschrecken reagiert zu haben (vgl. Bundestagsdrucksache 19/21248).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung engagiert sich für einen umfassenden, vorausschauenden Umgang mit Katastrophenrisiken und bekennt sich zum „Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030“ (<https://www.undrr.org/implementing-sendai-framework/what-sendai-framework>).

Mit Instrumenten der vorausschauenden humanitären Hilfe („Anticipatory Humanitarian Action“) als Teilbereich der humanitären Katastrophenvorsorge und mit Instrumenten des umfassenden Risikomanagements in der Entwicklungszusammenarbeit werden anhand datenbasierter Vorhersagen und/oder qualitativer Analysen Frühwarnungen für eine eskalierende Lage getroffen. Diese sollen konkrete, frühzeitige humanitäre Vorsorgemaßnahmen auslösen und Vorsorgestrategien staatlicher Akteure verbessern („Early Actions“), um unmittelbare Risiken zu reduzieren.

Ein wichtiges Instrument der vorausschauenden humanitären Hilfe ist die vorhersagebasierte humanitäre Hilfe („Forecast-based Financing“). Hierunter versteht die Bundesregierung einen spezifischen Ansatz, bei dem auf Grundlage von Extremwetter-Vorhersagen zunächst bestimmte Schwellenwerte zur Frühwarnung entwickelt werden. Wird ein bestimmter Schwellenwert erreicht, werden automatisch Finanzmittel bereitgestellt, die es humanitären Hilfsorganisationen ermöglichen, vorab erarbeitete Vorsorgemaßnahmen unmittelbar umzusetzen, um drohende humanitäre Bedarfe bereits vor Eintreten des Extremereignisses gezielt zu reduzieren.

Darüber hinaus hat das Auswärtige Amt (AA) die Daten- und Analyseplattform für Krisenfrüherkennung und Informationsmanagement „PREVIEW“ entwickelt. PREVIEW unterstützt das außenpolitische Handeln der Bundesregierung, in dem es datenbasiert sich anbahnende Konflikte sichtbar macht und es dadurch ermöglicht, Krisensituationen früher zu erkennen. Der Rahmen hierfür ist in den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ präzisiert (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/krisen-verhindern-konflikte-bewaeltigen-frieden-foerdern-735650>).

1. Welche Projekte im Bereich Monitoring, Frühwarnung und „Early Action“ unterstützt die Bundesregierung seit 2014, um die Gefahr von Heuschreckenplagen frühzeitig zu identifizieren und die Auswirkungen, z. B. Hungersnöte, durch eine rechtzeitige und effiziente Bekämpfung der Plage zu minimieren (bitte nach Ressort, Höhe und Laufzeit aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung unterstützt seit 2014 folgende Projekte im Bereich Monitoring, Frühwarnung und „Early Action“, um die Gefahr von Heuschreckenplagen frühzeitig zu identifizieren und die Auswirkungen zu minimieren.

Ressort	Empfänger	Projekt	Höhe (Euro)	Laufzeit
Auswärtiges Amt (AA)	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)	Humanitäre Maßnahmen zur Bekämpfung und Bewältigung der Heuschreckenplage in Ostafrika; vorausschauende Maßnahmen zur Sicherung von Lebensgrundlagen und zur Minderung der drohenden Verschärfung der Ernährungsunsicherheit der in den betroffenen Gebieten lebenden Bevölkerung.	21 Mio.	01/2020–12/2020
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	Globalvorhaben Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft (GIAE), Länderpaket Äthiopien: u. a. Beratung der Heuschrecken-Taskforce des äthiopischen Landwirtschaftsministeriums	39 Mio.	05/2020–03/2021
BMZ	Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland +e. V. (ASB)	Schaffung nachhaltiger und resilienter Lebensgrundlagen in konflikt-betroffenen Gebieten im Nord-Irak	1,636 Mio.	09/2018–08/2021
BMZ	Deutscher Caritas Verband e. V. (DCV)	Verbesserung der Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen von Binnenvertriebenen in Flüchtlingslagern im Norden Myanmars sowie Vorbereitung auf eine Rückkehr oder Umsiedlung	2,535 Mio.	09/2018–12/2022
BMZ	Deutsche Welthungerhilfe e. V. (DWHH)	Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz) von Flüchtlingen und Aufnahmegemeinschaften	1,697 Mio.	07/2016–12/2018
BMZ	ASB	Stärkung der Resilienz vom Konflikt betroffener Bewohner und Rückkehrender in neu erreichbare Gebiete durch Verbesserung der Ernährungssicherung, Lebensgrundlage und Solidarität	1,7 Mio.	08/2017–08/2020
BMZ	GIZ	Förderung der Lebensgrundlagen durch verbesserte Tierhaltung und Landwirtschaft in der Region Saaxil in Somalia	9 Mio.	07/2016–10/2020

2. Sind Insektenplagen, die u. a. durch starke Regenfälle, Wanderungsbewegungen großer Schwärme und dem Vorhandensein von ausreichend Nahrung während der Ernte- bzw. Monsunzeit begünstigt werden, aus Sicht der Bundesregierung vorhersagbar?

Falls ja, welche konkreten Frühwarnindikatoren gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung für entsprechende Plagen, und sind diese für ein Projekt der vorhersagebasierten humanitären Hilfe geeignet?

Grundsätzlich ist es wissenschaftlich möglich, Aussagen über die Entwicklung von Insektenpopulationen zu treffen, etwa wenn die Rahmenbedingungen wie Wetter und Nahrungsangebot für einen sprunghaften Anstieg der Populationen aufgrund einer massenhaften Vermehrung günstig sind. Dies erfordert ein systematisches Monitoring der Insektenvorkommen beziehungsweise ihrer Brutgebiete während der Fortpflanzungszeit. Aufgrund von unzureichendem Monitoring insbesondere in entlegenen Gebieten wird eine lokale Populationsentwicklung oft nicht frühzeitig erkannt. Das verhindert zeitnahe und effektive Maßnahmen zur Bekämpfung beginnender Insektenplagen. Ergänzend wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

3. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass eine drei- bis vierwöchige „Reifezeit“ von Heuschrecken, in der die Insekten noch nicht fliegen können und somit laut Aussagen von Experten gut am Boden bekämpfbar sind, ausreichend Zeit bietet, um Hilfe zur Bekämpfung zu leisten, und ist diese Zeitspanne nach Ansicht der Bundesregierung nach aktuellem Stand der Technik vorhersagbar?

Um eine Schwarmbildung fliegender Heuschrecken zu vermeiden, müssen bereits die Larvenstadien bekämpft werden. Um diese „Reifezeit“ identifizieren zu können, ist eine kontinuierliche Einbindung der lokalen Bevölkerung in die Überwachung der gefährdeten Regionen und ein korrespondierendes Monitoring- und Frühwarnsystem mit Reaktionsmöglichkeiten erforderlich. Effiziente Strukturen, institutionelle Kapazitäten und Protokolle, um im Bedarfsfall schnell und flexibel auf eine auftretende Insektenplage reagieren zu können, sind in vielen betroffenen Regionen allerdings oft unzureichend.

4. Haben die bestehenden Frühwarnindikatoren, auf die die Bundesregierung zugreifen kann, auf das Vorhandensein von Heuschrecken bzw. deren Larven in Ostafrika hingewiesen?

Falls ja, wann hat die Bundesregierung erstmals Kenntnis über die Verbreitung der Heuschrecken über die arabische Halbinsel hinaus erlangt?

Die Bundesregierung nutzt eine Vielzahl an Informationsquellen, um sich laufend ein Lagebild von möglichen Schadensereignissen zu machen. Anhand der verfügbaren Indikatoren lagen der Bundesregierung im Herbst 2019 Informationen zu der sich abzeichnenden Heuschreckenlage vor und sie hat entsprechende Maßnahmen ergriffen, wie etwa die kontinuierliche Beobachtung der Lage in den betroffenen Gebieten und die Bereitstellung finanzieller Mittel.

5. Laufen nach Kenntnis der Bundesregierung schon internationale Projekte im Gebiet der vorhersagebasierten humanitären Hilfe in Fällen von Insektenplagen?

Wenn ja, welche Maßnahmen oder Projekte werden durch Mittel der Bundesregierung finanziert?

Nach Kenntnis der Bundesregierung laufen derzeit keine internationalen Projekte der vorhersagebasierten humanitären Hilfe mit dem speziellen Schwerpunkt „Insektenplagen“.

6. Auf welcher Grundlage, Vorhersage, Berechnung o. Ä. hat die Bundesregierung die Finanzierungszusage von 1 Mio. Euro an die FAO aus Mai 2020 berechnet und getätigt?

Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) leistet die Bundesregierung einen Beitrag in Höhe von 1 Mio. Euro aus Titel 1006 Kapitel 687 04, um die FAO bei der Eindämmung der Ausbreitung der Wüstenheuschrecken insbesondere in Ostafrika zu unterstützen und der weiteren Verbreitung der Wüstenheuschrecken und den damit einhergehenden Folgeschäden entgegenzuwirken. Die Bundesregierung reagiert damit auf den von der FAO im Mai 2020 publizierten Finanzbedarf in Höhe von 121 Mio. US-Dollar für die Eindämmung der Ausbreitung der Wüstenheuschrecken in der Region Ostafrika/Jemen.

7. Erachtet die Bundesregierung, ergänzend zur Antwort auf die Schriftliche Frage 24 auf Bundestagsdrucksache 19/21248, weitere Maßnahmen für notwendig, um die Ausbreitung der Heuschrecken nach Westafrika zu verhindern?

Falls ja, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung konkret?

Falls nein, warum nicht?

Nach den neuesten Vorhersagen der FAO vom 18. August 2020 ist die Gefährdungslage für eine Ausbreitung der Heuschrecken auf Westafrika auf ein geringes Niveau zurückgegangen. Insgesamt gibt es derzeit keine Anzeichen dafür, dass sich die Heuschrecken über den Sudan hinaus weiter in die Region Westafrika ausbreiten werden.

8. Welches Potenzial bietet die vorhersagebasierte humanitäre Hilfe für die Linderung menschlichen Leids durch Ernteverluste und Hunger durch Insektenplagen?

Generell ist vorhersagebasierte humanitäre Hilfe besonders dann geeignet, wenn quantifizierbare Frühwarnindikatoren und Schwellenwerte, wie etwa eine vorhergesagte Niederschlagsmenge, verfügbar sind, während sich andere Instrumente vorausschauender humanitärer Hilfe eher auf (datenbasierte) Vorhersagen oder qualitative Analysen als Basis von Frühwarnungen stützen. Dazu zählen beispielsweise Maßnahmen der FAO zur Bekämpfung und Bewältigung der Heuschreckenplage in Ostafrika, wie die Unterstützung betroffener Haushalte durch Geld und Sachleistungen mit dem Ziel, die landwirtschaftliche Lebensgrundlage zu schützen. Dabei hängt die Möglichkeit, vorhersagebasierte humanitäre Hilfe sinnvoll einzusetzen, sowohl von der Qualität der Vorhersage, als auch von dem Zeitpunkt ab, zu dem eine ausreichend belastbare Vorhersage getroffen werden kann. Ergänzend wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

9. Zielt die vorausschauende humanitäre Hilfe der Bundesregierung auch auf die mittelbaren Folgen der vorhergesagten Schadensereignisse wie Verbreitung von Krankheiten oder Ernteausfälle in Folge von z. B. Überschwemmungen oder Dürren?

Falls nein, bitte begründen.

Aus Sicht der Bundesregierung zielt die vorausschauende humanitäre Hilfe vor allem darauf ab, drohende humanitäre Bedarfe konkret zu antizipieren, zu reduzieren, Menschenleben zu retten und unnötiges menschliches Leid zu vermeiden.

10. Können die von der Bundesregierung (mit-)finanzierten Systeme der vorhersagebasierten humanitären Hilfe des Welternährungsprogramms, der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften oder des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten dank bestehender Frühwarnindikatoren bereits vor nicht unmittelbar wetterbedingten Schadensereignissen warnen, die zu humanitären Krisen führen können?

Die derzeitig von der Bundesregierung unterstützten Projekte der vorhersagebasierten humanitären Hilfe des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WEP), der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) oder des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten (OCHA) sind auf wetter- und klimabedingte Ereignisse ausgerichtet. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung auch Pilot-Ansätze dieser Partner, in deren Rahmen die vorausschauende humanitäre Hilfe auf nicht unmittelbar wetterbedingten Schadensereignisse ausgeweitet wird. So wird zum Beispiel die Integration eines systematischen vorausschauenden Finanzierungsmechanismus im von OCHA verwalteten Zentralen Nothilfefonds der Vereinten Nationen (Central Emergency Response Fund/CERF) angestrebt, in dessen Rahmen neben Überflutung und Dürre auch eine Berücksichtigung von Gesundheitsrisiken geplant ist. Im Übrigen wird auf Antwort zu Frage 12 verwiesen.

11. Bei welchen nicht-wetterbedingten Schadensereignissen konnte die Bundesregierung dank bestehender Vorhersagesysteme vorausschauende humanitäre Hilfe leisten?

Die Bundesregierung unterstützt beispielsweise die FAO mit einer Summe von 21 Mio. Euro unter anderem dabei, vorausschauende humanitäre Maßnahmen zur Bekämpfung und Bewältigung der Heuschreckenplage in Ostafrika durchzuführen (siehe auch die Antwort zu Frage 1). Aus Sicht der Bundesregierung soll vorausschauende humanitäre Hilfe, einschließlich der Mechanismen vorhersagebasierter humanitärer Hilfe, ein integraler Bestandteil des Instrumentariums der humanitären Hilfe sein und im Rahmen des von den Vereinten Nationen koordinierten Systems der internationalen humanitären Hilfe, wo immer sinnvoll und möglich, systematisch zur Anwendung kommen.

12. Unterstützt oder plant die Bundesregierung aktuell Projekte für die Entwicklung von Frühwarnprotokollen und Frühwarnindikatoren, und vor welchen Schadensereignissen sollen diese Pilotprojekte warnen?

Die Bundesregierung beobachtet laufend die außenpolitische Risikolage, um Hinweise auf mögliche Schadensereignisse wie politische Krisen, Umweltkrisen, humanitäre Notlagen und dergleichen zu erhalten und bedient sich dabei einer Vielzahl von Informationsquellen.

Das Auswärtige Amt hat zu diesem Zweck unter anderem den Bereich der Strategischen Vorausschau und der quantitativen und qualitativen Krisenfrüherkennung gemäß den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ gestärkt.

Im Rahmen der vorausschauenden humanitären Hilfe unterstützt die Bundesregierung seine Projektpartner (das Deutsche Rote Kreuz, die Welthungerhilfe, das WEP, die FAO sowie das OCHA) bei der Entwicklung von Frühwarnprotokollen („Early Action Protocols“) in den folgenden Ländern: Afghanistan, Äthiopien, Bangladesch, Dominikanische Republik, Ecuador, Eswatini, Guatemala, Haiti, Honduras, Kenia, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mosambik, Nepal, Niger, Peru, Philippinen, Simbabwe, Somalia, Südsudan, Tschad, Vietnam. Diese Projekte der vorausschauenden humanitären Hilfe sind auf Schadensereignisse durch Extremwetterereignisse ausgerichtet. Geplant ist, weitere Gefahrenquellen, beispielsweise Gesundheitsrisiken, in das Portfolio der vorausschauenden humanitären Hilfe aufzunehmen.

Das BMZ nutzt und unterstützt die Anwendung von Frühwarninstrumenten, Trendanalysen und Risikoanalysen. Zu Naturrisiken fördert das BMZ multilaterale und nationale Projekte, um Frühwarn- und Vorhersageinstrumente in Drittländern zu verbessern, insbesondere im Bereich wetterbedingter und gesundheitlicher Gefahren.

13. Welche Auslandsvertretungen sind an das PREVIEW-System des Auswärtigen Amtes angeschlossen, und welche Mitarbeiter, sofern dieser Beschränkungen unterliegt, haben Zugriff?

Die Produkte und Dienste der PREVIEW-Plattform stehen grundsätzlich allen an Auslandsvertretungen eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Dienstes zur Verfügung.

14. Bietet das Auswärtige Amt anderen Ressorts der Bundesregierung Zugriff auf das PREVIEW-System bzw. dessen Ergebnisse?
Falls nein, wieso nicht?

PREVIEW liefert einen Beitrag zur Stärkung der Prognose- und Analysefähigkeiten der Bundesregierung und wird vom Auswärtigen Amt betrieben und weiterentwickelt. Produkte und Dienste der PREVIEW-Plattform werden anderen Ressorts der Bundesregierung nach Bedarf und im Rahmen der verfügbaren Ressourcen zur Verfügung gestellt. Dies betrifft insbesondere Produkte aus dem Bereich Informationsmanagement sowie Ergebnisse der quantitativen Krisenfrüherkennung. Letztere fließen laufend in ressortgemeinsame Prozesse wie die Arbeitsgemeinschaft Krisenfrüherkennung ein.

15. Plant die Bundesregierung, den Zugriff für weitere Auslandsvertretungen bzw. Ressorts anzubieten?

Falls ja, in welchem Zeitraum?

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 13 und 14 verwiesen.

16. Hat sich das Konzept des PREVIEW-Systems, das Daten für die Aufarbeitung durch Mitarbeiter des Auswärtigen Amts übersichtlich aufbereiten bzw. darstellen soll, nach Ansicht der Bundesregierung bewährt, und plant die Bundesregierung eine Weiterentwicklung der Analysefähigkeiten des Systems?

Nach Einschätzung der Bundesregierung hat sich das Konzept von PREVIEW bewährt. Im Bereich Informationsmanagement werden erfolgreich Produkte und Dienste mit hoher Relevanz für die Bundesregierung zur Verfügung gestellt, im Bereich der quantitativen Krisenfrüherkennung fließen Ergebnisse in interne und ressortgemeinsame Prozesse zur Krisenprävention der Bundesregierung ein. Die Analysefähigkeiten der PREVIEW-Plattform werden kontinuierlich weiterentwickelt.

17. Wie hoch sind die bislang entstandenen Kosten für PREVIEW einschließlich einmaliger Kosten wie Anschaffung der notwendigen Hard- und Software und laufender Kosten wie Lizenzgebühren und Personalkosten?

Die bisher entstandenen direkt zurechenbaren Kosten für PREVIEW betragen rund 50 Mio. Euro.